

## **Rede des Präsidenten**

**Prof. Dr. Eberhard Umbach**  
**50 Jahre Göttinger Erklärung**

**Georg-August-Universität Göttingen**  
**12. April 2007**

Magnifizenz, verehrte Festredner,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft begrüße auch ich Sie ganz herzlich zu dieser Veranstaltung. Heute, am 12. April 2007, jährt sich bekanntlich zum 50. Mal die „Göttinger Erklärung“. Wir erinnern uns an diese Erklärung, weil sie damals große politische Bedeutung hatte und zu Konsequenzen führte, die bis in die heutige Zeit reichen und unsere Politik und Deutschlands Stellung in der Welt nachhaltig bestimmen. Wir erinnern uns auch, weil diese Erklärung ein leuchtendes Beispiel dafür ist, dass Wissenschaftler Verantwortung für die Gesellschaft tragen und diese auch erfolgreich wahrnehmen können. Diese Verantwortung muss uns Wissenschaftlern bewusst sein, auch denjenigen, die 1957 noch lange nicht geboren waren.

Die Erklärung trägt nicht zufällig das Attribut Göttingen. Denn Göttingen beherbergt nicht nur eine der traditionsreichsten und international bekanntesten deutschen Universitäten, sondern Göttingen war auch ein Zentrum der Physik in Deutschland, sogar weltweit, insbesondere in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Und Göttingen hat eine einschlägige Tradition mit den berühmten „Göttinger 7“, die sich 1837 gegen den hannoverschen König Ernst August wandten und ihn wegen der Aufhebung der Verfassung von 1833 des Verfassungsbruchs beschuldigten. Dieser Protest war erfolgreich, denn er beförderte die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland und war eine wichtige Voraussetzung für die Revolution von 1848. Übrigens zählte zu den Göttinger 7 neben dem Staatsrechtler und Historiker Christoph Friedrich Dahlmann und den berühmten Germanisten Jakob und Wilhelm Grimm auch der Physiker Wilhelm Weber.

120 Jahre später, 1957, zog Göttingen wieder als Ort einer historisch wichtigen Erklärung den Blick der Regierenden und der Öffentlichkeit auf sich. Der Hintergrund waren die Mitte der fünfziger Jahre betriebene Aufrüstung der Nato-Truppen mit Atomwaffen und die Pläne der Bundesrepublik Deutschland, die kurz zuvor eingerichtete Bundeswehr ebenfalls mit sog. „taktischen“ Atomwaffen auszurüsten.

Dies führte Ende 1956 zu einer zunehmenden Diskussion, denn noch tief saßen die Schrecken des 2. Weltkriegs und die Tatsache, dass die Entdeckung der Uranspaltung zu dem Zeitpunkt geschah, als Hitler an die Macht kam. Nicht nur die aus Deutschland vertriebenen Physiker wussten damals, dass es fürchterliche Folgen haben könnte, wenn es Deutschland zuerst gelänge, eine Atombombe herzustellen. Sogar Einstein, der sein Leben lang Pazifist war, ließ sich im amerikanischen Exil überreden, Präsident Roosevelt die vorsorgliche Entwicklung von Atombomben nahe zulegen. Die Folgen sind bekannt: das „Manhattan-Projekt“, an dem europäische Exil-Physiker federführend mitwirkten, war erfolgreich und gipfelte in dem verheerenden Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Nun war eine völlig neue Bedrohungssituation entstanden. Ganz real existierte plötzlich die Möglichkeit, dass sich die Menschheit in einem Krieg selbst auslöschen könnte, wovon etwa der Physiker Max Born in einem Aufsatz in den „Physikalischen Blättern“ 1956 eindringlich warnte:

„Wir stehen vor einem Scheideweg, wie ihn die Menschheit auf ihrer Wanderung noch niemals getroffen hat (...). Der Krieg ist nicht mehr, wie Clausewitz sagt, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern Wahnsinn (...). (...), es kommt darauf an, dass unsere Generation es fertig bringt, umzudenken. Wenn sie es nicht kann, so sind die Tage der zivilisierten Menschheit gezählt.“<sup>1</sup>

Das Wissen um die vernichtende Wirkung von Atomwaffen vor Augen, brachte Carl Friedrich von Weizsäcker im Herbst 1956 die geplante Atombewaffnung der Bundeswehr im Arbeitskreis „Kernphysik“ zur Sprache. Denn während sich Adenauer noch im August 1956 gegen eine atomare Umrüstung der Bundeswehr ausgesprochen hatte, befürwortete Atomminister Strauß eine mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete Bundeswehr. Mit der im Oktober 1956 erfolgten Ernennung von Strauß zum Verteidigungsminister sah sich Adenauer gezwungen, die Aufrüstung der NATO und damit auch der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zu akzeptieren. Um jedoch den Widerspruch seines bisherigen Eintretens für eine weltweite atomare Abrüstung nicht allzu offensichtlich erscheinen zu lassen, unterschied er zwischen den strategischen Atombomben als den „großen“ und den taktischen Atomwaffen als den „kleinen“, die lediglich eine Weiterentwicklung der Artillerie seien. Diese Bagatellisierung der schrecklichen Folgen des Einsatzes taktischer Atomwaffen beunruhigte die Physiker zutiefst und sie argwöhnten, dass im Zuge der Umrüstung auch Atomwaffen in Deutschland hergestellt werden sollten, was sie aus tiefster Überzeugung ablehnten<sup>2</sup>. Die Verharmlosung der Atomwaffen durch Adenauer und die Zurechtweisung einer Gesprächsrunde von Kernphysikern durch Strauß, der ihnen sogar mit dem Landesverrats-Paragrafen gedroht hatte, veranlasste diese, sich zur Aufklärung der Politiker und der Bevölkerung in einer öffentlichen Klarstellung zu äußern.

Auf Anregung von Weizsäckers verabschiedete daraufhin der Arbeitskreis „Kernphysik“<sup>3</sup> eine Erklärung, die von 18 Atom- und Kernforschern – neben von Weizsäcker u.a. die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born, Werner Heisenberg und Max von Laue - unterzeichnet wurde. In diesem Manifest wiesen sie auf die Gefährlichkeit strategischer und taktischer Atomwaffen hin und machten aufgrund ihrer Fachkompetenz auf die verheerenden Folgen des Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam. Sie machten deutlich, dass sie die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr mit tiefer Sorge erfüllten und dass sie diese auch aus politischen Gründen ablehnten. Gleichzeitig verweigerten sie jegliche Mitarbeit an der Erforschung, Herstellung oder Erprobung solcher Waffen. Damit wandten sie sich gegen die verharmlosende Darstellung der Bundesregierung und forderten diese auf, auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten.

Die Erklärung der Göttinger 18 schlug große öffentliche Wellen. Aus Sorge, dass das Thema Atombewaffnung den Bundestagswahlkampf beherrschen könnte, bemühte sich Adenauer, den Konflikt mit den Physikern so rasch wie möglich beizulegen. Auf Adenauers Veranlassung fand bereits am 17. April eine Besprechung zwischen der Bundesregierung und einer Delegation der Kernphysiker statt. Das Ergebnis war ein Kommuniqué, in dem sich Bundesregierung und Wissenschaftler gemeinsam für eine kontrollierte Abrüstung aussprachen. Die Bundesregierung stellte darin klar, dass sie „keine eigenen Atomwaffen produzieren wird und ... demgemäß keine Veranlassung habe, an die deutschen Atomwissenschaftler wegen einer Beteiligung an der Entwicklung nuklearer Waffen heranzutreten.“<sup>4</sup> Diese öffentliche Versicherung der Bundesregierung gilt bis auf den heutigen Tag. Deutschland wurde keine Atommacht.

Übrigens hat die Göttinger Erklärung auch 50 Jahre später nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Im Gegenteil: Bis heute sind noch rund 28.000 Atomwaffen im Besitz der jetzt faktisch neun Atomwaffenstaaten. Diese können noch immer eine weltweite Katastrophe anrichten und Millionen von Menschen vernichten. Das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges ist heute vermutlich ebenso hoch wie im Kalten Krieg.

Aus diesem Grund ist es höchst erfreulich, dass sich der Geist der Göttinger Erklärung auf eine Gruppe US-amerikanischer Kollegen übertragen hat. Im Februar dieses Jahres haben nämlich 22 prominente Physiker, darunter 12 Nobelpreisträger, den Kongress in einem Schreiben aufgerufen, dem Präsidenten das Recht zum Einsatz von Atomwaffen gegen nicht atomar bewaffnete Länder zu entziehen. Auslöser dafür waren Überlegungen der US-Regierung, Kernwaffen auch gegen solche Staaten einzusetzen, die über kein atomares Arsenal verfügen – wie der Iran. Es ist unglaublich, wie leichtfertig Politiker auch heute noch mit dem höchst bedrohlichen Instrument des Atomwaffeneinsatzes umgehen. Wir wünschen dem Aufruf der amerikanischen Kollegen den größtmöglichen Erfolg.

Wenn man sich all dies vor dem Hintergrund der Göttinger Erklärung vor Augen führt, erkennt man die Symbolträchtigkeit und Vorbildfunktion dieser Erklärung. Wir Naturwissenschaftler sind in besonderer Weise verpflichtet, die Folgen unserer Forschung zu bedenken. Das betrifft weniger die Grundlagenforschung, die wertfrei und ergebnisoffen ist und bleiben muss, sondern vielmehr die Anwendung der grundlegenden Erkenntnisse auf konkrete Ziele und Aufgaben. Gleichzeitig steht die Göttinger Erklärung als Zeichen für ein neues Selbstverständnis der Wissenschaftler und ein neues Bild der Wissenschaft in der Öffentlichkeit: Wissenschaftler waren bereit, die Öffentlichkeit aufzuklären, auch gegen den Willen und die Ziele der Politik. Sie haben damit Verantwortung in der Gesellschaft übernommen, wie es auch die Göttinger Erklärung fordert, in der es heißt:

„[...] unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns [...] mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.“

Meine Damen und Herren, seien Sie versichert, dass die Physiker und allen voran die Deutsche Physikalische Gesellschaft auch in Zukunft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden wollen und ihren Beitrag leisten werden für ein friedliches Zusammenleben der Völker, für den Erhalt guter Lebensbedingungen und für eine vernünftige Weiterentwicklung unserer globalen Gesellschaft.

---

(1) Max Born: Das Wesen des Atomzeitalters, in: Physikalische Blätter, 12. Jg, 1956, Heft 6, S. 241-248.

(2) Kraus, Elisabeth: Atomwaffen für die Bundeswehr?, in: Physik Journal 6 (2007), Nr. 4, S. 41.

(3) Dieser war ein Arbeitskreis der „Deutschen Atomkommission“, die 1956 gebildet wurde.

(4) Kraus, Elisabeth, S. 41.